

Rehabilitierung verlangt

Internationale Menschenrechtsregelungen verlangen die Rehabilitierung der wegen Paragraf 175 strafrechtlich verfolgten homosexuellen Menschen, und zwar aller bis 1994 in beiden deutschen Staaten verurteilten Betroffenen, handelt es sich doch hier klar um einen Verstoß gegen Menschen- und Grundrechte.

Thüringen hat wegen des in der Landesverfassung verankerten Diskriminierungsverbots bezogen auf die sexuelle Orientierung eine besondere Verpflichtung. „Umso problematischer und entlarvender ist, dass CDU und SPD sich einem gemeinsamen Antrag verweigern“, so Karola Stange gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Als Hintergrund ist zu berücksichtigen, dass es wegen § 175 StGB (Strafbarkeit einvernehmlicher homosexueller Beziehungen unter erwachsenen Männern) in der DDR - dort war die Regelung von 1949 bis 1968 in Kraft - zu ca. 1300 nachweisbaren Verurteilungen kam und in der Bundesrepublik bzw. den westdeutschen Bundesländern - dort galt die Vorschrift von 1949 bis 1994 - zu ca. 50.000 Verurteilungen. Diese Zahlen lassen sich nach Information von Karola Stange auch aus einer Antwort vom Juni 2012 auf eine von ihr gestellte Anfrage entnehmen. Der gemeinsame Antrag sei, so Stange, „die logische Fortsetzung dieses

Themen- und Aktivitätenfadens, zumal die LINKE-Fraktion auch im Einklang ist mit Initiativen der PDS bzw. LINKEN im Bundestag seit den 90er Jahren“.

„Eine Festveranstaltung zu Ehren von Rudolf Brazda - so wichtig ein solcher öffentlicher Festakt ist - kann und darf daher nicht die einzige Antwort auf die Thematik sein“, so die LINKE-Gleichstellungspolitikerin. Gerade angesichts der auch von der Landesregierung mitgeteilten Daten und mit Blick auf menschenrechtliche und verfassungsrechtliche Verpflichtungen „müssen auch der Landtag und das Land Thüringen alles für eine umfassende Rehabilitierung der nach 1945 bzw. 1949 in beiden deutschen Staaten Betroffenen tun“.

„Dazu gehört zwingend eine öffentliche Entschuldigung des Landtags bei den Betroffenen. Dazu zählt vor allem auch die Ausschöpfung aller Handlungsmöglichkeiten - vor allem auf Bundesebene, um die Urteile, die nachweislich alle Menschen- und Grundrechte verletzen, durch Nichtigkeitsklärung aus der Welt zu schaffen. Genauso wichtig ist, eine Entschädigung für das erlittene Unrecht durchzusetzen“, unterstreicht die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion.

Karola Stange fordert, „dass auch derzeit noch wegen der sexuellen Identität bestehende Diskriminierungen ebenfalls abgeschafft werden müssen. Daher sollte es bei der Thüringer CDU z.B. mit Blick auf die ‚Homo-Ehe‘ nicht

nur bei den netten Worten der Ministerpräsidentin bleiben, es müssen auch Taten folgen“.

100. Geburtstag von Rudolf Brazda

Am Sonntag, den 23. Juni, findet im Nationaltheater Weimar eine Gedenkveranstaltung für die NS-Opfer aus Anlass des 100. Geburtstages von Rudolf Brazda, der als letzter Überlebender des KZ Buchenwald, der wegen seiner Homosexualität verfolgt worden war galt, statt.

Rudolf Brazda, der in Meuselwitz aufgewachsen war, geriet zwischen März 1933 und September 1935 ins Visier der Nazi-Behörden und wurde nach Paragraf 175 StGB in der Fassung vor 1935 angeklagt. Das Amtsgericht Altenburg verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Nach der Haftentlassung wurde er aber als „vorbestrafter Ausländer“ in die Tschechoslowakei abgeschoben. Nach dem Einmarsch der Deutschen wurde er 1941 erneut verhaftet und als „Wiederholungstäter“ zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Als er die Strafe im Sommer 1942 verbüßt hatte, deportierte ihn die Nazis ins Konzentrationslager Buchenwald.

Nach der Befreiung 1945 ging Rudolf Brazda nach Frankreich, wo er 1950 die Liebe seines Lebens kennenlernte: Ed- di, mit dem er bis zu dessen Tod im Jahr 2003 zusammenlebte. Rudolf Brazda starb am 3. August 2011.

Barrierefreiheit: Euroschlüssel für Eisenach

Nach längeren Bemühungen scheint ein Problem der Barrierefreiheit in Eisenach nun endlich gelöst zu werden. Menschen mit Behinderungen hatten sich an den Eisenacher Wahlkreisabge-

ordneten der LINKEN im Thüringer Landtag, Maik Nothnagel, gewandt. Ihr Anliegen: Auch die Behindertentoilette am Markt in Eisenach soll mit dem Euro-Schließsystem ausgerüstet werden.

Der sogenannte Euroschlüssel ist ein europaweit einheitliches Schließsystem, das es körperlich beeinträchtigten Men-

schen ermöglicht, mit einem Einheits-schlüssel selbstständig, kostenlos und zu allen Zeiten Zugang zu behindertengerechten sanitären Anlagen und Einrichtungen zu erhalten, z. B. an Autobahn- und Bahnhofstoiletten, aber auch für öffentliche Toiletten in Fußgängerzonen, Museen oder Behörden.

Der Euroschlüssel wird in Deutschland vom Entwickler dieses Schließsystems, dem CBF Darmstadt, zum Selbstkostenpreis abgegeben. Um Missbrauch zu verhindern, muss die Beeinträchtigung bei der Bestellung nachgewiesen werden.

Auf die Notwendigkeit des Einbaus eines solchen Schließsystems in die Toilette am Markt in Eisenach ange-

sprochen, verwies die Stadt auf ihre komplizierte finanzielle Situation. Die benötigten finanziellen Mittel in Höhe von ca. 800 Euro könnte die Stadt nicht aufbringen. Aber die fehlenden fi-



Opelwerkes fand die Übergabe des Spendenschecks an die Stadt Eisenach zum Einbau des Euro-Schließsystems statt (s. Foto). Der symbolische Scheck wurde durch Stefan Fessel vom Opel-Betriebsrat und Mario Schau, dem Schwerbehindertenvertreter bei Opel, an Andreas Ludwig, Bürgermeister der Stadt Eisenach, übergeben. Als Initiator nahm Maik Nothnagel an der Spendenübergabe teil. Herr Ludwig versprach, den Einbau des Schließsystems umgehend zu realisieren.

Wahlkreisbüro
MdL Maik Nothnagel

nanziellen Mittel waren es offenbar nicht allein. Einigen Verwaltungsangestellten fehlte auch der Wille, das Problem im Sinne der Menschen mit Behinderungen zu lösen.

In einem Gespräch mit dem Schwerbehindertenbeauftragten des Opelwerkes in Eisenach konnten die Kollegen von Opel für die Lösung dieses Problems gewonnen werden. Opel Eisenach, für die herausragende Beschäftigung behinderter Menschen im Werk durch den Freistaat Thüringen geehrt, erklärte sich bereit, etwas für die Menschen mit Behinderung in Eisenach bzw. der Gäste zu tun.

Am 28. Mai fand die Odyssee seinen vorläufigen Abschluss. Im Forum des

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Schöne neue Welt

Der E-Mail-Dienst von Yahoo hat seit dem 1. Juni nicht nur ein neues Design. Mit einer Änderung seiner Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) ist es dem 1994 gegründeten Internetkonzern aus Sunnyvale (Kalifornien) nun erlaubt, sämtliche Mails zu scannen und zu analysieren. Nur wer diesen Bedingungen zustimmt, kann Yahoo-Mail weiter nutzen. Die Erlaubnis gilt auch für (ältere) Inhalte, die auf dem Yahoo-Account gespeichert sind. Das alles geschehe, so heißt es in einer Nachricht von Yahoo an seine weltweit 300 Millionen Nutzer (davon etwa sechs Millionen in Deutschland), „insbesondere um Ihnen für Sie relevante Produktfunktionen und Inhalte zur Verfügung zu stellen, an Ihre Interessen angepasste Werbung anzubieten und abzugleichen und einen besseren Schutz vor Spam, schädlichen Computerprogrammen (Malware) und Missbrauch Ihres Accounts bereitstellen zu können.“

Mitnichten ein Alleingang: Auch Gmail von Google (in Deutschland bis 2012 Googlemail) analysiert Mails mit einem Algorithmus, um individualisierte Werbung einblenden zu können. Eingesetzt wird er bei geöffneten Mails, wobei Google zugegeben hat, kontextbezogene Werbung nicht unbedingt nur an die jeweils geöffnete Nachricht anzupassen, sondern mitunter auch an ältere - es werden also Inhalte gespeichert. Selbst die darüber hinausgehende Nutzung der Daten zu Marketingzwecken wird von Google - großzügig wie der Konzern aus Mountain View (auch Kalifornien) nun einmal ist - nicht ausgeschlossen.

Der Fluch der Nutzung kostenloser, werbefinanzierter E-Mail-Dienste? Nicht nur: auch Nutzer der kostenpflichtigen „Pro“-Variante von Yahoo-Mail müssen den neuen AGBs zustimmen oder verzichten. Immerhin werden ihnen dann überzahlte Nutzungsgebühren zurückerstattet.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.